

Exportierter Faschismus

Wie über den Kapitalexport auch Herrschaftsinhalte transportiert werden. Die Möglichkeit des Faschismus in abhängigen Ländern im Interesse des Monopolkapitals

Von Jürgen Lloyd



Faschistische Herrschaft in abhängigen Ländern bleibt in der Regel ohne faschistische Massenbewegung, ihre Errichtung erfolgt mit den Mitteln des Militärs – wie in Brasilien (Militärputsch in Rio de Janeiro, April 1964)

Der nachfolgende Text ist die ausgearbeitete Fassung eines Referats, das der Autor am 29. Juni bei der [Veranstaltung](#) »Die Demokratie muss gelegentlich in Blut gebadet werden ...«. Faschismus in Chile unter Pinochet – deutsche Beteiligung, Kontinuitäten, Parallelen« in der jW-Maigalerie gehalten hat. (jW)

»Sicher foltern Militär und Polizei Gefangene, um wichtige Informationen zu erlangen; sicher wird beim Politisch-Subversiven oft gar kein Gerichtsverfahren gemacht, sondern gleich geschossen. Aber eine objektive Berichterstattung müsste jedesmal hinzufügen, dass es ohne Härte eben nicht vorwärtsginge. Und es geht vorwärts.«¹

So äußerte sich Werner Paul Schmidt im Februar 1972 in einem Interview über die seit 1964 in Brasilien herrschende Militärdiktatur. Schmidt war Chef von VW do Brasil, dem damals größten VW-Unternehmen außerhalb Deutschlands, und gehörte später dem Vorstand des Volkswagen-Konzerns an.

Ein Vertreter des bundesdeutschen Monopolkapitals erklärt also das, was er »Härte« nennt – die Morde und Folterungen der Diktatur –, zur Notwendigkeit, ohne die es »nicht vorwärtsginge«. Die Klassenperspektive einmal außen vor gelassen, aus der hier beurteilt wird, in welche Richtung es vorwärts- oder rückwärtsgeht, hat der VW-Manager damit zum Ausdruck gebracht, was Inhalt des marxistischen Faschismusverständnisses ist. Dass ein solches Verständnis, das die Perspektive für

eine wirksame antifaschistische Praxis bietet, heute mehr und mehr an den Rand gedrängt wird, ist eine verhängnisvolle Entwicklung. Allerdings ist es weniger von Nutzen, über diese Entwicklung zu jammern, als ihr mit der beharrlichen Demonstration der Tatsache zu begegnen, dass die wirksame Bekämpfung der faschistischen Gefahr der Einsichten des Marxismus bedarf.

Was es ist

In bezug auf den faschistischen Putsch in Chile vor 50 Jahren bedeutet das nicht zuletzt, dem gelegentlich recht schludrigen Umgang mit dem Urteil, etwas sei Faschismus, entgegenzutreten durch die genaue Untersuchung, inwiefern Inhalt und Charakter der Diktatur in Chile als faschistisch zu kennzeichnen sind.

Zuvor sollten wir uns aber darüber Klarheit verschaffen, warum wir uns mit einer solchen oder einer anderen Kennzeichnung überhaupt befassen. Schließlich kann es uns – wenn wir Marx' elfte Feuerbachthese ernst nehmen – nicht um eine andere Interpretation der Wirklichkeit gehen, sondern um deren Veränderung. Ob das Pinochet-Regime unserem Faschismusverständnis nicht entspricht oder ob 1973 in Chile eine faschistische Diktatur errichtet wurde – diese Frage so zu behandeln, als ginge es dabei um eine passende Etikettierung, wäre jedenfalls mit der Forderung aus der Feuerbachthese nicht vereinbar. Wenn etwas als »faschistisch« bezeichnet wird, um es dadurch als besonders verabscheuungswürdig zu markieren, dann mag das mal zutreffen, mal nicht – aber solche Etikettierungen tragen rein gar nichts dazu bei, eine die Wirklichkeit verändernde, antifaschistische Praxis zu entwickeln. Sie dienen höchstens dem eitlen Bedürfnis ihrer Urheber, die eigene moralische Position zu deklarieren. Sie verwässern aber den Begriff von Faschismus, machen ihn stumpf.

Sich heute mit dem Charakter von Putsch und Diktatur in Chile zu beschäftigen sollten wir daher so angehen, dass wir den Zusammenhang von Herrschaftsinteressen und den Bedingungen beleuchten, unter denen sie durchzusetzen sind. Denn aus diesem Zusammenhang erklärt sich das, was Marxistinnen und Marxisten als Faschismus verstehen. Und unser Interesse gilt dann der Frage, wie dieser Zusammenhang sich im Fall Chile darstellt.

»Ohne Härte« geht es »nicht vorwärts«, lautete die Aussage des VW-Managers. Was ist nun der Inhalt der gesellschaftlichen und geschichtlichen Entwicklung, wenn es aus Sicht des Monopolkapitals »vorwärtsgeht«? Zweifelsohne gehört das Kriterium der Rentabilität dazu. Das Engagement des Kapitals soll sich rentieren, soll ein Plus abwerfen. Ohne Profitmacherei geht es nicht, jedenfalls nicht dauerhaft. Es wäre aber verfehlt, lediglich im Profitmachen den Inhalt des kapitalistischen Klasseninteresses zu sehen. Hierin mag die Motivation des individuellen Kapitalisten begründet sein. Zum Klasseninteresse der herrschenden Bourgeoisie gehört aber in erster Linie die Aufrechterhaltung der eigenen Klassenherrschaft – also die ständige Reproduktion und Erweiterung der Existenzbedingungen dieser Klassenherrschaft. Hierfür ist die Bourgeoisie sogar bereit, wenn nötig, auf einen Teil ihres Profits zu verzichten. Und hierfür schafft sie sich einen Staat, der das allgemeine Interesse der Klasse auch dann durchsetzt, wenn einzelne Vertreter dieser Klasse nicht bereit sind, ihre individuellen Interessen zurückzustellen. Dass es »vorwärtsgeht«, ist gleichbedeutend damit, dass dieses allgemeine Klasseninteresse verwirklicht wird.

Worauf bezieht sich nun in der gegenwärtigen Epoche das allgemeine Interesse der herrschenden Klasse? Marxistinnen und Marxisten gehen davon aus, dass mit der fortschreitenden Entwicklung – auch des Kapitalismus – der gesellschaftliche Charakter der Produktivkräfte wächst. Die kapitalismuskonforme Antwort darauf ist die Herausbildung des Monopolkapitals. Dieses bringt –

auf Grundlage des gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte – ein eigenes Klasseninteresse hervor: nämlich das Bedürfnis, dass nicht nur die Produktionsprozesse in den Unternehmen, sondern dass auch alle weitergehenden Kooperationsprozesse in der Gesellschaft so geformt sind, dass sie den Interessen der Monopole dienlich sind. Alle sollen am gleichen Strang ziehen, und zwar in der Richtung, die vom Monopolkapital diktiert wird. Lenin kennzeichnet diese Entwicklung in seiner Imperialismusstudie, indem er von der Finanzoligarchie spricht, »die ein dichtes Netz von Abhängigkeitsverhältnissen über ausnahmslos alle ökonomischen und politischen Institutionen der modernen bürgerlichen Gesellschaft spannt«.²

Dieses spezifisch monopolkapitalistische Klasseninteresse wird gewöhnlich dadurch umgesetzt, dass die Beherrschten davon überzeugt werden, dass das, was am Ende jenes Strangs hervorgebracht wird, ihren Interessen entspreche. Das bedeutet, ihr subjektives Interessenbewusstsein wird verfälscht: »Wenn's Krupp gut geht, dann geht es uns allen gut.« Oder: »Unsere Freiheit wird am Hindukusch verteidigt.« Dergestalt sind die Inhalte der monopolkapitalistischen Integrationsideologien, mit denen das Bewusstsein der Beherrschten manipuliert wird. Geschieht dies mit ausreichendem Erfolg, lässt sich die Herrschaft des Monopolkapitalismus im Rahmen parlamentarisch-liberal verfasster Staatsformen realisieren. Wenn aber die Mechanismen der Bewusstseinsmanipulation und des demokratischen Scheins dieser Herrschaftsform nicht mehr als ausreichend erscheinen, die Ziele zu gewährleisten, die von den Monopolen gerade als unverzichtbar eingestuft werden, dann wird das gemeinsame Ziehen an einem Strang mit Gewalt erzwungen; dann tritt ein, was der VW-do-Brasil-Chef aussprach: Ohne Härte geht es nicht mehr vorwärts. Dann steht der Wechsel von der bürgerlich-demokratischen Staatsform zur faschistischen Form der Herrschaft an.

Wege faschistischer Herrschaft

Soweit in Kürze die marxistische Erklärung der Ursachen des Faschismus. Diese Erklärung erfolgt allerdings mit Blick auf die Errichtung faschistischer Diktaturen in den imperialistischen Hauptländern, wo der Monopolkapitalismus mit seinen spezifischen Herrschaftsinteressen sich durchgesetzt hat, wo er also darauf angewiesen ist, dass in diesen jeweiligen Heimatländern die gesamte Gesellschaft zum gemeinsamen Ziehen am Strang zur Verfügung steht. Chile vor 50 Jahren war nun zwar ein Land mit einer vorhandenen eigenen Monopolbourgeoisie, aber dennoch wesentlich in Abhängigkeit gehalten von imperialistischen Staaten, insbesondere den USA.

Bevor wir prüfen, ob bzw. was sich dadurch für unser Faschismusverständnis anders darstellt, noch einen Blick auf eine zweite – neben unserer Erklärung der inhaltlichen Ursachen – zu beantwortende Frage: die Frage nach den Mitteln und Wegen, über die der Wechsel von der bürgerlich-demokratischen zur faschistischen Herrschaftsform vollzogen wird, und mit welchen Mitteln diese Herrschaftsform dann aufrechterhalten wird.

Grundsätzlich gibt es zwei Varianten, mit denen dieser Übergang vollzogen wird bzw. in der Geschichte bisher vollzogen wurde: den Weg über eine faschistische Massenbewegung und den Weg über den staatlichen Gewalt- und Militärapparat. Deutschland mit der NSDAP und Italien mit Mussolinis Schwarzhemden sind typische Beispiele für die erste Variante, Spanien und etwas mehr noch Portugal wären Beispiele für die zweite. Allerdings wäre es Unsinn, hierbei eine scharfe Trennlinie ziehen zu wollen: Auch bei der Errichtung des Faschismus in Deutschland vor 90 Jahren hat das Militär eine Rolle gespielt und auch der Putschgeneral Franco in Spanien sowie Salazar in

Portugal bemühten sich um eine die faschistische Herrschaft stützende Massenbasis. (Auch wenn dies dann teilweise erfolglos blieb.)

Welcher Weg nun gewählt wird, wenn das Monopolkapital sich für den Wechsel seiner Herrschaftsform entscheidet, hängt allein von den jeweiligen Möglichkeiten ab, die ihm zur Verfügung stehen. Der Desintegrationsprozess in der Bevölkerung – also der Prozess, in dem wachsende Teile der Bevölkerung den Glauben daran verlieren, dass es ihnen durch gemeinsames Ziehen am Strang bessergehen wird – kann so verlaufen, dass hierbei ein Protestpotential mit einer Tendenz nach links entsteht, dass sich also die Unzufriedenen ihrer wirklichen Interessen und der Bedingungen und Möglichkeiten zu deren Durchsetzung bewusst werden. Der klugen, massenwirksamen und orientierenden Arbeit einer kommunistischen Partei fällt hierfür eine entscheidende Rolle zu. Der Desintegrationsprozess kann aber auch so verlaufen (und wird es regelmäßig auch, wenn es an der wirksamen Kraft der Kommunistinnen und Kommunisten mangelt), dass sich ein Protestpotential bildet, wonach trotz manifester Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen keine Klarheit über wirkliche Gründe und Zusammenhänge erlangt wird. Dieser Verlauf ist um so naheliegender, je stärker den Unzufriedenen zuvor die das Interessenbewusstsein verfälschenden Integrationsideologien eingeflößt wurden. Wenn dann, wie z. B. in der Weimarer Republik, in relevantem Umfang ein Potential entsteht, das sich auf diesem Weg auch nach rechts wenden lässt, dann kann die daraus entstehende faschistische Massenbewegung als Werkzeug dienen, um den Übergang zum Faschismus zu vollziehen. Ist aber der Desintegrationsprozess aus welchen Gründen auch immer nicht so verlaufen, dass eine relevante faschistische Massenbewegung entsteht, dann nutzt die Monopolbourgeoisie – sofern sie es kann – das Militär und den staatlichen Sicherheitsapparat für den Übergang zum Faschismus.

Verständlich sollte nun sein, dass – welcher Weg auch immer beschritten wird – dies rein gar nichts am Inhalt und auch nichts an der Funktion des zu errichtenden Faschismus ändert. Inhaltlich geht es beim Faschismus um das Klasseninteresse des Monopolkapitals, und die Funktion des Faschismus besteht darin, die Durchsetzung dieses Interesses gegen jegliche Artikulation von irgendwie damit in Konflikt kommenden anderen Interessen abzuschirmen. Die Existenz oder Nichtexistenz einer faschistischen Massenbasis ist relevant für die Möglichkeiten des antifaschistischen Kampfs, aber sie dient eben nicht als Kriterium für unseren Faschismusbegriff.

Injektion des Herrschaftsinhalts

Doch nun zu Chile und zum Faschismus in einem abhängigen Land. Reinhard Opitz hat 1974 in einem Aufsatz einen einzelnen Satz formuliert, der m. E. das Wesentliche für dieses Thema enthält: »Im Zeitalter des imperialistischen Kapitalexports ist auch der Export der politischen Herrschaft des Monopolkapitals und die Injektion seines Herrschaftsinhalts in die Staatsapparaturen entfernter Länder, damit aber auch der Export des Faschismus zu einem Ding des Möglichen geworden.«³

Die Verbindung zwischen Kapitalexport und dem Export von Faschismus, die Opitz hier nennt, ist nicht lediglich als Analogie zu verstehen, also etwa in dem Sinn, dass das eine ebenso wie das andere exportiert werden könne. Wir sollten diese Aussage vielmehr als analytische Bestimmung des Charakters eines solchen Herrschaftssystems heranziehen.

Das herrschende Monopolkapital der unterdrückenden Nation, das im Heimatland am effizienten Zusammenspiel aller gesellschaftlichen Akteure interessiert ist, ist in bezug auf die unterdrückte Nation nicht gleichermaßen interessiert an den Kooperationsprozessen der dortigen Gesellschaft. Es verfolgt hinsichtlich der unterdrückten Nation lediglich das Interesse, dass sich bestimmte

ökonomische Bereiche (nämlich in erster Linie dort, wo Investitionen getätigt, wo Rohstoffe abgebaut und geliefert, wo benötigte Waren produziert, wo eigene Produkte abgesetzt werden können) möglichst effizient in das Gefüge der heimischen Ökonomie einbinden lassen, dass also diese Bereiche der abhängigen Länder dienstbar sind für das im imperialistischen Heimatland betriebene gemeinsame Ziehen am Strang.

Es scheint bei mancher Diskussion unter Marxistinnen und Marxisten gelegentlich angebracht, darauf hinzuweisen, dass Kapitalexport nicht einfach das Über-die-Grenze-Schaffen von Geld ist. Kapital ist ein gesellschaftliches Verhältnis, und der Export von Kapital exportiert dieses gesellschaftliche Verhältnis. Wie eben ausgeführt, ist das gesellschaftliche Verhältnis in hochentwickelten monopolkapitalistischen Gesellschaften – also das dortige Herrschaftsverhältnis – dadurch gekennzeichnet, dass nicht nur die gewöhnliche kapitalistische Mehrwertproduktion im Betrieb funktioniert, sondern dass dem hochgradig gesellschaftlichen Charakter der Produktion Genüge getan wird, indem mehr und mehr gesellschaftliche Kooperationsprozesse effizient zusammenspielen; und zwar unter der Direktion der in den Monopolen konzentrierten Macht und für deren Zwecke. Kapitalexport bedeutet daher, die Sphäre der Aktivitäten, die diesen Zwecken unterworfen sind, in die imperialistisch beherrschten Länder zu erweitern. Daher trifft Opitz den Sachverhalt exakt, wenn er vom »Export der politischen Herrschaft des Monopolkapitals und die Injektion seines Herrschaftsinhalts in die Staatsapparate entfernter Länder« spricht. Er hat damit den Inhalt der Herrschaft des imperialistischen Monopolkapitals in den abhängigen Ländern bestimmt. Welche Form diese Herrschaft dort in diesen Ländern annimmt, das hängt – ebenso wie in der Heimat – von den jeweiligen Bedingungen ab, unter denen diese Herrschaft ausgeübt werden kann.

Diese Bedingungen unterscheiden sich nicht nur von Land zu Land und im geschichtlichen Verlauf, sie unterscheiden sich auch – und zwar grundsätzlich – von den Bedingungen in den imperialistischen Heimatländern. Nicht der möglichst dienstbeflissene, engagierte Einsatz aller beim gemeinsamen Ziehen am Strang wird bezweckt, sondern lediglich die möglichst störungsfreie Einbindung einzelner Sektoren für die Interessen der ausländischen Monopole. Daher zielt die Herrschaftsausübung in den abhängigen Ländern auch nicht auf das Ganze der Kooperationsprozesse in den dortigen Gesellschaften ab. Wenn es aber nicht so sehr auf die Kooperationsprozesse ankommt, die ja weitgehend mit Bewusstsein vollzogen werden müssen, dann fällt auch der Bedarf für die Manipulation des Interessenbewusstseins der dortigen Bevölkerung geringer aus. In dieselbe Richtung wirkt, dass zugleich auch der Wirkungskreis für die monopolkapitalistischen Integrationsideologien kleiner ist. Einem deutschen Arbeiter nahelegen, dass er am Wohlergehen der hiesigen Wirtschaft interessiert sein sollte und – um nicht arbeitslos zu werden – sich um die Profitabilität des »Sozialpartners« sorgen muss, ist nun mal einfacher, als einem chilenischen Bergarbeiter zu erklären, er solle sich um die Profite der »Anaconda Copper Mining Company« oder der »Fibro Quimica Chilena« sorgen (letzteres war ein Tochterunternehmen der Hoechst AG). Denn ihm ist schwerlich glaubhaft zu machen, diese Profite würden in seinem Interesse gemacht, wenn er zugleich sieht, dass sie außer Landes geschafft werden.

Der Export politischer Herrschaft des Monopolkapitals, die »Injektion seines Herrschaftsinhalts in die Staatsapparate entfernter Länder« – wie Opitz sagt, ist daher im Vergleich mit dem heimatlichen Feld ungleich geringer mit den Methoden der Bewusstseinsmanipulation verbunden, also mit der möglichst »freiwilligen« Integration der Bevölkerung für die Ziele der Monopole. Das erzwingt keineswegs, aber macht es doch wahrscheinlicher, dass solche Herrschaft sich nicht der

bürgerlich-demokratischen Form bedienen kann, sondern zur offenen faschistischen Diktatur greift. Zugleich erklärt diese Bedingungskonstellation auch, dass die Weise, auf die eine faschistische Diktatur errichtet wird, viel seltener die Gestalt einer faschistischen Massenbewegung annimmt, sondern überwiegend per Militär, Geheimdiensten und Polizei errichtet und aufrechterhalten wird. Denn eine faschistische Massenbewegung erwächst eben auf dem Boden eines Protestpotentials, welches sich zwar dem Ziehen am Strang verweigert, aber den Kopf immer noch voll hat mit den monopolkapitalistischen Integrationsideologien und deren Feindbildern.

Was erforderlich ist

Um diese Überlegung noch mal zusammenzufassen: Die in abhängige Länder exportierte politische Herrschaft des Monopolkapitals ist weniger auf Integrationsideologien angewiesen, weil sie nicht so sehr die gesamtgesellschaftlichen Kooperationsprozesse im Auge hat als vielmehr die störungsfreie Ausnutzung einzelner Sektoren. Zugleich ist auch die Wirksamkeit der Integrationsideologien beschränkt durch die von jedermann erkennbare Vorherrschaft fremder Interessen. Ohne wirksame Integrationsideologien aber wird die monopolkapitalistische Klasse die faschistische Form ihrer Herrschaft wählen. Und da es ohne Integrationsideologien auch kaum zur Herausbildung einer faschistischen Massenbewegung kommt, wird der Weg zur Errichtung des Faschismus auch vorwiegend der des Militärs sein.

Diese Bedingungskonstellation für das, was wir exportierten Faschismus nennen können, ist auf Basis der marxistischen Weltanschauung für uns erklärbar. Die Strategen des Monopolkapitals in den imperialistischen Ländern haben zwar keinen Bedarf an solcher Erklärung, sie erkennen aber sehr wohl, was erforderlich ist, damit es »vorwärtsgeht«. Es ist daher kein Zufall, dass sie ohne Unterlass daran arbeiten, sich die Mittel zum Export des Faschismus zu verschaffen. Das heißt: Die Ausbildung und ideologische Ausrichtung des Militärs der abhängigen Länder, die Vernetzung der Geheimdienste, die mit den Geheimdiensten eng verbundenen internationalen Netzwerke von faschistischen Mord- und Folterexperten – all diese vielfach gelüfteten Exkremente des »Wertewestens« sind keine zufälligen Begleiterscheinungen des Imperialismus, sondern sein notwendig funktionaler Systembestandteil »im Zeitalter des imperialistischen Kapitalexports«.

Anmerkungen

1 *Süddeutsche Zeitung*, 16.2.1972, zitiert nach: Bertrand Russell Tribunal II. Über die Unterdrückung in Brasilien, Chile und Lateinamerika. Westberlin 1975, S. 36 (dort allerdings mit der Jahresangabe 1973)

2 W. I. Lenin: *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, 1917. Lenin-Werke, Bd. 22, Berlin 1971, S. 305

3 Reinhard Opitz: Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: *Das Argument*, Heft 87 (1974), S. 602